

[www.kommunsense.de](http://www.kommunsense.de)

## Bedenkliche Veröffentlichungen aus dem Blätterwald

### **Abfallwirtschaft**

#### „Das Kartellamt warnt vor steigenden Müllgebühren“

**Das Kartellamt kritisiert die Monopolstellung einiger Entsorger scharf. Dies werde zu höheren Gebühren für die Bürger führen. Das Amt führte zwei Razzien in großen Unternehmen durch.**

Das Bundeskartellamt ist Entsorgungsunternehmen auf der Spur, die sich bei kommunalen Ausschreibungen abgesprochen haben sollen. Namen nannte die Behörde am Freitag nicht. Sie verwies nur darauf, dass sich der Verdacht gegen „zwei der größten deutschen Entsorgungsunternehmen“ richte. Sie sollen Ausschreibungen in Baden-Württemberg manipuliert haben. Wie erst jetzt bekannt wurde, hatten das Kartellamt und die Staatsanwaltschaft bereits Ende Juli fünf Unternehmensstandorte in Baden-Württemberg und in Bayern durchsuchen lassen. An der Razzia waren mehr als 30 Ermittler der Wettbewerbsbehörde und der Polizei beteiligt. Das beschlagnahmte Material wird zur Zeit noch ausgewertet.

Kartellamtspräsident Andreas Mundt sieht die Wettbewerbssituation auf dem Müllmarkt insgesamt kritisch. „Manchen Unternehmen in der Entsorgungsbranche scheint nicht klar zu sein, wo ihre Zusammenarbeit an kartellrechtliche Grenzen stößt. Das Wettbewerbsverständnis ist in der Entsorgungswirtschaft nicht überall so ausgeprägt, wie es sein sollte“, sagte er der F.A.Z.

#### **„Faktisch ein Monopolrecht“**

Die von der Bundesregierung geplante Reform des Kreislaufwirtschaftsgesetzes drohe die Müllgebühren für die Verbraucher weiter in die Höhe zu treiben, warnte Mundt. Seine Kritik entzündet sich an den gesetzlichen „Überlassungspflichten“ für den Hausmüll, die den Kommunen Zugriff auf diesen geben. „Dadurch wird den Kommunen faktisch ein Monopolrecht am Müll und den darin enthaltenen Wertstoffen eingeräumt. Wenn es dabei bleibt, wird auch zukünftig kein Wettbewerbsdruck auf

dem Markt entstehen.“ Mundt stellt sich damit an die Seite der privaten Entsorgungsunternehmen, die um ihr Geschäft fürchten.

Weil die Preise für wiederverwertbare Sekundärrohstoffe wie Metalle, Altpapier und manche Kunststoffe mit der Konjunkturerholung nach oben schießen, haben viele Kommunen den Abfallmarkt neu für sich entdeckt. Andere sorgen sich darum, dass sie ihre Müllverbrennungsanlagen nicht mehr auslasten können, sollten private Entsorger einen stärkeren Teil des Hausmülls für sich beanspruchen.

Das Kartellamt rät dazu, die richtigen Lehren aus den Erfahrungen mit dem „Grünen Punkt“ zu ziehen. „Zu Monopolzeiten haben die Verbraucher rund 2 Milliarden Euro im Jahr für die Entsorgung und das Recycling von Altverpackungen bezahlt. Heute, in der Konkurrenz von neun dualen Systemen, ist es weniger als die Hälfte - ohne dass darunter die Entsorgungsqualität oder der Umweltschutz leiden würden“, meinte er.

### **Mundt will Ausschreibungswettbewerb**

Mundt forderte den Gesetzgeber auf, die Müllentsorgung einem wirksamen Ausschreibungssystem zu überlassen, um aus privaten und kommunalen Anbietern den leistungsfähigsten Bewerber auswählen zu können. Die ausschreibungsfreie „In-House-Vergabe“ an kommunale Eigenbetriebe müsse dabei ausgeschlossen werden. In anderen Ländern seien die Abfallgebühren teilweise signifikant gesunken, nachdem ein solches System eingeführt wurde. Die Wettbewerbshüter könnten sich alternativ auch vorstellen, den Haushalten die Wahl zu überlassen, für welchen Entsorger sie sich entscheiden. Für eine solche Lösung hat sich Irland entschieden. Im Kern müssten die Kommunen dazu die gewerbliche Müllsammlung freigeben.

„Ähnlich wie auf dem Strommarkt stünden sich dann private und kommunale Anbieter gegenüber“, sagte Mundt. Die Sorge der Kommunen, dabei leer auszugehen, hält er für unbegründet. Kommunale Entsorgungsbetriebe seien nicht per se weniger leistungsfähig als private Unternehmen. Es gebe für die Kommunen keinen Grund, den Wettbewerb zu einem Schreckgespenst zu erklären. Die Wettbewerbshüter können sich zudem Übergangsfristen für solche Kommunen vorstellen, die in der Vergangenheit in Verbrennungs- oder andere Abfallbehandlungsanlagen investiert haben.

<b>Fundstelle:</b>
--------------------

**FAZ.NET** vom 8. Oktober 2010